

Klamme Kassen und falsche Freunde

Das Kürzungsbündnis von CDU, SPD und „Velbert Anders“ ist keine gute Nachricht für unsere Stadt. Wer notwendige und sinnvolle Leistungen in Frage stellt und bei den Stärken unserer Stadt streicht, gefährdet die Attraktivität unserer Stadt.

Vor allem die Kultureinrichtungen, namentlich Stadtbücherei, VHS sowie Kunst- und Musikschule stehen im Fokus der Kürzungsüberlegungen der Bündnisfraktionen. Steuern wie die Gewerbesteuer wolle man möglichst nicht antasten, die Geschäftsführergehälter in den städtischen Betrieben werden nicht einmal erwähnt.

Hier wird das Recht auf Bildung in Frage gestellt. Gerade die Kunst- und

Musikschule war einmal das Prestigeobjekt unserer Stadt. Jetzt wird alles wieder zusammengestrichen. Gleichzeitig zahlt man Geschäftsführern städtischer Betriebe fürstliche Gehälter. Das wäre gar nicht möglich, wenn deren Aufgaben weiter in der Stadtverwaltung erledigt würden.

Die weitere Schonung der Gewerbesteuer stößt auf besonderes Unverständnis: Die Gewerbesteuer ist eine reine Gewinnsteuer, mit hohen Freibeträgen. Die Auswirkungen auf Unternehmen werden zudem gerne übertrieben. Es gibt wirklich keinen Grund, hier nach über 10 Jahren immer noch Zurückhaltung zu üben. Wenn man schon höhere Lasten verteilen



muss, dann bitte auch bei denen, die sie tragen können.

Sonja Spiekermann (Ratsfrau)

Velbert VS TTIP

Bei dem neuen Handelsabkommen TTIP zwischen Europa und den USA geht es nicht um die Abschaffung von Zöllen. Die gibt es eh kaum noch. Ziel ist vielmehr der Abbau von sogenannten „nicht-tarifären Handelshemmnissen“. Als Handelshemmnis können die Vertragspartner alles definieren: Verbraucherschutz, Kennzeichnungspflicht, Datenschutz, Arbeitnehmerrechte.

Sofern ein Recht dem Interesse mächtiger Konzerne widerspricht, soll es „harmonisiert“ werden. Das heißt im Allgemeinen, dass der niedrigste Standard der beteiligten Staaten danach für alle gilt. Die Vertragsverhandlungen finden ohne Transparenz und ohne öffentliche Debatte statt. Die Parlamente können am Schluss nur noch Ja oder Nein zu dem fertigen Vertrag sagen.

Wenn dann eine demokratische Ent-

scheidung den Interessen eines Konzerns zuwiderläuft, kann dieser den Staat vor einem privaten Schiedsgericht auf Erstattung angeblich entgangener Gewinne verklagen. Eine Verbesserung von Standards in Bereichen wie Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte usw. ist damit für die Zukunft praktisch ausgeschlossen.

TTIP betrifft alle Menschen in den USA und der EH, auf allen Ebenen – auch uns als Stadt Velbert. So könnten in Velbert kommunale Dienstleistungen wie die Wasser- und Abfallentsorgung sowie der öffentliche Nahverkehr betroffen sein. Im Visier stehen aber auch bezuschusste lokale Kultureinrichtungen, das Gesundheitswesen und Sparkassen.

Deshalb sagt DIE LINKE: Nein! Wir sind ein Handelshemmnis. Wir wollen nicht, dass unser Gemeinwesen noch stärker der Macht der Konzerne ausgeliefert wird. Für den Rat haben wir zusammen mit den Fraktionen von

Grünen, Piraten und UVB eine Initiative eingebracht, dass sich Velbert laut und öffentlich gegen TTIP ausspricht und alle verfügbaren Mittel nutzt.

Die Velberter große Koalition hat das ausgebremst, und zwar auf dem unспортlichsten möglichen Wege: Nichtbehandlung. Der Rat sei nicht zuständig. Das ist an den Haaren herbeigezogen: Der Rat ist ganz fraglos berechtigt, in Resolutionen und mit Aufträgen an die Verwaltung frei seine Meinung kundzutun, was auch bundesweit gängige Praxis ist. In Velbert wurde das zum Beispiel auch bei den Themen Fracking, Forensik und Gemeindehaushaltsverordnung so praktiziert. Warum das Thema TTIP unsere Stadt betrifft, haben wir ausführlich dargelegt. Letztendlich geht es hier um die Vertretung der städtischen Interessen. Und das ist immer Aufgabe des Rates und der Stadtspitze.

Harry Gohr (Fraktionsvorsitzender)

Stadthalle Neviges - Denkmal wird zerstört

Nachdem die Verwaltung den Abrissantrag der Stadthalle Neviges bei der oberen Denkmalschutzbehörde eingereicht hatte, wurde sie von dem „Wunder von Neviges“ überrascht. Die Stadthalle ist ein Denkmal. Völlig unvorbereitet - schon 1993 wurde die Verwaltung von der Oberen Denkmalschutzbehörde darauf aufmerksam gemacht, dass das Gebäude schützenswert sei - ist man nicht in der Lage ein neues Nutzungskonzept für das Gebäude im Bauhausstil zu entwickeln und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Nein, es bleibt dabei, die Stadthalle Neviges soll abgerissen werden. Und das obwohl erst in 2016 ein Innenstadtkonzept für die Nevigeser City vorgelegt werden soll. Abreißen und dann feststellen, dass man die Veranstaltungsfläche doch noch brauchen könnte, ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

Nevigeser Vereinen wurde die Weiternutzung der Stadthalle mit den hohen Nutzungsgebühren madig gemacht. Keinem Verein ist es wirtschaftlich zuzumuten, hohe Mieten zu tragen und damit für den Verein unkalkulierbare Risiken bei Veranstaltungen einzugehen. Dass wir diese Fläche (Stadthalle) in Neviges benötigen, haben wir Bürger von Neviges durch den Ausfall verschiedener Veranstaltungen zu spüren bekommen (Frauenchor Neviges, Landjugend, Quartettverein Liederkrantz, Karnevalsveranstaltungen, uvm.). Im Bezirksausschuss Neviges

haben sich nur die Linken für den Erhalt der Stadthalle Neviges ausgesprochen. Selbst Parteien und Wählergemeinschaften die sich im Wahlkampf 2009 für ihren Erhalt ausgesprochen haben, sind umgefallen und befürworten den Abriss. Was haben wir bisher getan: Da wir von Anfang an für den Erhalt der Stadthalle waren, sahen wir in der Ausweisung der Stadthalle als Denkmal eine neue Chance für den Erhalt. Unsere Kontaktaufnahme mit der oberen Denkmalschutzbehörde, dem Landesbauminister und Bürgermeister haben zurzeit zu keinem positiven Ergebnis geführt. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt!

Jetzt liegt der Ball bei der Oberen Denkmalschutzbehörde, da die Stadt Velbert wiederholt den Abrissantrag gestellt hat. Sollte jetzt wieder keine Genehmigung erteilt werden, muss der Minister entscheiden. Wenn dieser sich drei Monate nicht dazu äußert, kann abgerissen werden. Um ein Nichtbefassen auszuschließen, haben wir ihm die Lage vor Ort bereits geschildert. Bitte setzen auch Sie sich, als Bürger von Neviges, für den Erhalt der Stadthalle ein! Ein Abriss und die Erstellung des Parkplatzes kosten ca. 480.000 €, die besser in die Sanierung investiert werden könnten.

**Parkplätze statt Stadthalle,
welch ein Schwachsinn!**

Jörg Möller



Wilhelmshöhe wird kompromisslos zugebaut

Was lange währt, wird endlich schlecht: Vor über 10 Jahren wurde in Velbert durch ein Grundstücksgeschäft die Bebauung der Wilhelmshöhe eingefädelt. Eine städtische Tochter musste die betreffenden Äcker zu einem so hohen Preis kaufen, dass nur eine Umnutzung als Bauland die Firma vor dem Ruin retten konnte.



Bürger und Opposition wehrten sich und konnten das Vorhaben bis heute verzögern. Jetzt aber ist die SPD, die im Ringen um einen Kompromiss lange zumindest eine reduzierte Bebauung versprochen hatte, letztendlich umgefallen und hat den Plänen für eine große Bebauung klaglos zugestimmt. Durch die Große Koalition, die seit diesem Jahr in Velbert regiert, konnte der geschlossene Widerspruch aller kleinen Parteien vom Tisch gewischt werden.

Damit kommt jetzt eine neue Siedlung auf der grünen Wiese, die kaum jemand will. Fern von der nötigen Infrastruktur. Und fern von Sinn und Verstand. Die Geschichte Wilhelmshöhe zeigt damit beispielhaft, wie die Stadtspitze mit dem Velberter Vermögen, den Bürgern und deren gewählten Vertretern umgeht.

Michael Alfermann

Aufklärung für Velbert!

Licht ins Dunkel bringen, den Sumpf trocken legen, das Dickicht der stadteigenen Betriebe entwirren. Worum geht es? Um Transparenz. Und um Demokratie. Aber der Reihe nach.

Die Stadt Velbert hat (wie viele andere Kommunen) Teile ihrer Aufgaben in GmbHs, AGs usw. ausgegründet. Damit kann man als Stadt Steuern sparen. Das ist zwar ein bisschen linke Tasche – rechte Tasche (schließlich zahlt da ein Teil unseres Staates Steuern an einen anderen), ist aber vor dem Hintergrund der schlechten finanziellen Situation verständlich.

Die Ausgründung hat aber noch andere Folgen. Und da kommen die Probleme. Dass die Geschäftsführer und Aufsichtsratsmitglieder viel mehr Geld bekommen als städtische Abteilungsleiter und Ausschussmitglieder ist nur der unappetitliche Anfang.

Richtig schwierig wird es, wenn man die ausgegründeten Teile der Stadtverwaltung demokratisch kontrollieren will. Was bei der Verwaltung berechtigtes öffentliches Interesse ist, ist bei einer GmbH Geschäftsgeheimnis. Zwar entsendet der Rat in die meisten (nicht-einmal alle) städtischen Töchter Vertreter, die dürfen aber über das, was sie dort erfahren und entscheiden, nicht nach draußen berichten. Auch nicht an den Rat oder die eigene Fraktion, wie das bei nichtöffentlichen Ausschusssitzungen möglich ist. Diese städtischen Unternehmen, insbesondere die velberter

„Beteiligungsverwaltungsgesellschaft“ haben aber selbst wieder eigene Töchter, und spätestens da hört jede wirksame Kontrolle auf. Kaum ein gewählter Politiker sitzt in den Aufsichtsräten dieser Firmen. Und kein gewählter Vertreter durchschaut das komplexe Geflecht

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

der gegenseitigen Leistungs- und Vertragsbeziehungen dieser Unternehmen. Inzwischen sind rund 2/3 des städtischen Haushaltes in solche Firmen ausgegründet. Der Rat entscheidet und kontrolliert nur den kleinen Rest.

Weil wir das als einen untragbaren Zustand ansehen, erarbeiten wir derzeit mit Bündnispartnern eine Initiative, die wir gemeinsam in den Rat einbringen werden.

Sonja Spiekermann (Ratsfrau)

Velberter GroKo gegen zweite Gesamtschule

SPD und CDU Velbert haben entschieden: Keine zweite Gesamtschule - stattdessen die (nunmehr teilentegrierte) Sekundarschule.

Das Argument, wir hätten zu wenig Interessenten/Anmeldungen für die vier Eingangsklassen, die bei einer Gesamtschule sein müssen, ist schlichtweg falsch, da die erste Gesamtschule gern bereit wäre, eine Eingangsklasse weniger

aufzunehmen. Ein weiteres Argument war, die Sekundarschule entspreche genau der Gesamtschule bis Klasse 10. Dies ist zwar richtig, aber man achte auf den Schlussteil: "Bis zur 10.Klasse". Eine Gesamtschule hat aber 13 Jahrgänge - bis zum Abitur. Die Befürchtungen der Mehrheit der Velberter PolitikerInnen sollten endlich mal klar benannt werden: Sie haben Angst ,dass bei einer echten zweiten Ge-

samtschule mit Oberstufe mittelfristig eins der drei Gymnasien wohl aufgrund mangelnder Anmeldezahlen auslaufen würde. Wir, DIE LINKE, aber fragen uns: Wäre das denn so schlimm? Die Gesamtschule führt genauso zum Abitur - und bietet dabei bessere Fördermöglichkeiten auch für Arbeiterkinder, und bessere soziale Inklusion!

Ingrid Schween (Ratsfrau)



Zwölf Nullen (000.000.000.000)



Quelle: <httpswww.flickr.com/photos8644569@N034656505701>

Eine Null für sich alleine genommen zählt nichts. Zwölf Nullen zählen auch nichts, denn: Zwölf mal Null bleibt null. Sicher können Sie jetzt einwenden, dass zwölf Nullen in einem Fußballkader ganz schön viel sind, aber eben doch nur Nullen. Ganz anders verhält es sich, wenn man eine kleine 1 (wörtlich: Eins) davor setzt. Schon haben wir aus dem

Nichts eine Billion gemacht. Eine Billion ist eben eine Zahl mit zwölf Nullen.

Eine Billion (Euro) ist aber auch die Summe, die laut Schätzungen der EU-Kommission den EU-Staaten Jahr für Jahr durch Steuerhinterziehung und -vermeidung entgeht. Allein den deutschen Finanzämtern würden dadurch jährlich 190 Milliarden Euro vorenthalten. Die Konzerne profitieren davon, dass in der Europäischen Gemeinschaft die Besteuerung von Unternehmen kaum koordiniert wird. Fast alle internationalen Konzerne beschäftigen Armeen von Wirtschaftsprüfern und Anwälten, um durch Ausnutzung von Schlupflöchern möglichst wenig Steuern zu bezahlen. Medien berichten, dass

z.B. Amazon in Luxemburg weniger als 1 % Steuern auf seine Einnahmen zahle. Wohlgermerkt: Einnahmen, die auch in Deutschland erzielt werden.

190 Milliarden Euro (s.o.) machen z. B. mehr als die Hälfte des Bundeshaushaltes von 2014 (296,5 Milliarden) aus. Mit den 190 Milliarden Jahr für Jahr könnten also ganz locker unsere Straßen und Brücken instand gehalten werden, die Kommunen könnte man entlasten und noch vieles Notwendige, z. B. im Sozialbereich, mehr tun. Die Regierung muss nur die entsprechenden Schlupflöcher schließen und bei den Konzernen die Steuern konsequent eintreiben. Aber: Will sie das?

Bernd Spiekermann

Spenden für Kobane

Auch wir wollen Ihnen eine Möglichkeit bieten, um für einen guten Zweck zu spenden: Aus dem Fernsehen wissen Sie vielleicht, wie schrecklich die Lage in der kurdischen Stadt Kobane ist, die von der Terrorgruppe IS angegriffen wird. Der alevitische Kulturverein Velbert sammelt für die Bewohner von Kobane und die umliegenden Flüchtlingslager Spenden.

Das Alevitische Zentrum ist an der Friedrichstrasse 67 zu finden und hat

täglich von 10.30 bis 18:00 Uhr geöffnet, dort steht die Spendenbox.

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

**DIE LINKE. Fraktion
Velbert wünscht
Ihnen
ein frohes Fest
und einen guten
Rutsch ins neue Jahr!**

Aufgemerkt!

Wir sind für Sie da!

Unser Büro ist für Sie geöffnet:
Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr
Mittwochs: 17:00 bis 18:30 Uhr
Donnerstags: 15:30 bis 17:00 Uhr
Telefon: 02051/932810

Schlüsselbund

Impressum
Erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.
V.i.S.d.P für diese Ausgabe:
DIE LINKE im Rat der Stadt Velbert
Offerstraße 14a 42551 Velbert
buero@dielinke-velbert.de
www.dielinke-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor,
Einsendun

